

Ökonominen und Ökonomen sprechen, wie andere Spezialisten auch, ihre eigene Sprache. Dies erleichtert ihnen die Kommunikation, weil häufig mit einem einzelnen Wort komplizierte Zusammenhänge oder ganze Konzepte kurz und bündig ausgetauscht werden können. Weil diese Wörter meistens der Alltagssprache entlehnt sind, ist vermutlich vielen ökonomischen Laien nicht bewusst, dass in der Ökonomik als Disziplin Begriffe rigoros definiert sind. Ein typisches Beispiel sind Missverständnisse rund um den Begriff des «öffentlichen Gutes». Der Begriff wird im Alltag sehr häufig verwendet. So ist beispielsweise in walddpolitischen Diskussionen immer wieder zu hören, der Wald sei ein öffentliches Gut. Was der jeweilige Sprecher damit genau meint, muss in der Regel nachgefragt werden. Anders verhält es sich, wenn Ökonomen den Begriff «öffentliches Gut» verwenden. Dann charakterisieren sie nämlich – meist mathematisch formalisiert – das betreffende Gut mit Hilfe ganz bestimmter ökonomischer Eigenschaften.

Ein anderes Problem, welches sich Ökonomen häufig stellt, sind Begriffe, welche negative Assoziationen wecken. So sprechen sie in der ökonomischen Analyse der Politik, in der so genannten «politischen Ökonomie», von Bürokratie, Eigennutz, Opportunismus, Politikversagen oder gar Staatsversagen. Denkt der Ökonomie einfach schlecht vom Menschen? Ist jedes Amt eine kafkaeske Bürokratie und jeder Staatsangestellte ein Schmarotzer? Nein, mit Bestimmtheit nicht. Vielmehr charakterisieren ökonomische Begriffe ein bestimmtes Verhalten häufig in «Reinkultur» und erschliessen es so für die mathematische Modellierung. In diesem Sinne ist «Bürokratie» zwar ein Verhaltensmuster, welches in staatlichen Ämtern beobachtet werden kann. Es kann sich jedoch genau so gut in Grosskonzernen einnisten. Zudem sind bürokratische Regeln in bestimmten Konstellationen oder Situationen ökonomisch durchaus klug.

Im Wissen darum, dass bei den in der Waldwirtschaft arbeitenden Menschen die ökologischen Kompetenzen meistens besser ausgeprägt sind als die ökonomischen, möchten wir für die Leserinnen und

Leser der SZF mit dem nachfolgenden Glossar eine Hilfestellung für die Welt dieser Schwerpunktnummer bieten.

Ökonomik vs. Ökonomie

Die beiden aus dem Griechischen stammenden Begriffe Ökonomik und Ökonomie sind in der deutschen Sprache nicht messerscharf voneinander abgegrenzt und können oft auch miteinander ausgetauscht werden. Ist von *Ökonomik* die Rede, so stehen methodische Aspekte im Vordergrund, beispielsweise der Versuch, menschliches Verhalten dadurch zu erklären, dass man den einzelnen Individuen rationales Verhalten unterstellt. Demgegenüber assoziiert *Ökonomie* eher den Gegenstand, etwa als «Sozialwissenschaft des Wirtschaftens oder der Marktbeziehungen». Eine anschauliche Definition für Ökonomik haben Homann & Suchanek (2005) geliefert, sie befasst sich demnach «... mit Möglichkeiten und Problemen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil».

Mikroökonomik

Die *Mikroökonomik* ist der eigentliche Kern der Ökonomik, was unter anderem bedeutet, dass kein Teilgebiet der Ökonomik, auch nicht die Makroökonomik, ohne mikroökonomische Einsichten auskommt. Die Mikroökonomik studiert zuallererst das Verhalten einzelner Menschen, traditionell dann auch das Verhalten von Menschen, welche sich zu einer gemeinsamen Produktion in einer Unternehmung zusammengeschlossen haben.

Tausch führt zu Märkten, d.h. zum Aufeinandertreffen von Anbietern und Nachfragern und zur Bildung von Marktpreisen. So analysiert die Mikroökonomik den Tausch von Gütern (Preise), den Tausch von Arbeit (Löhne) oder den Tausch von gegenwärtigen und künftigen Möglichkeiten (Zins). Die Analyse ist häufig so angelegt, dass zur Hauptsache die Veränderungen (*Marginalanalyse*) auf einem bestimmten Markt (*Partialanalyse*) interessieren. Anbieter und Nachfrager sind nun nicht immer gleich stark aufeinander angewiesen und reagieren bei Preisänderungen unterschiedlich. Wer seine nachgefragte oder angebotene Menge bei Preisschwan-

kungen stark anpasst, wird als preiselastisch bezeichnet. Anders der *preisinelastische* Nachfrager oder Anbieter: Weil dieser offenbar nicht anders kann oder will, nimmt er Preisänderungen zu seinem Vorteil nicht voll wahr oder solche zu seinem Nachteil in Kauf und tauscht immer noch die gleiche Menge des Gutes. Prototyp des inelastischen Marktteilnehmers ist etwa ein Patient, der auf ein Medikament in einer bestimmten Dosierung angewiesen ist. Preisinelastisch ist vermutlich auch der Waldbesitzer: Seine Angebotsmenge reagiert kaum auf Preisänderungen. Steigende Ernte- oder Transportkosten fallen auf ihn zurück und reduzieren seinen Nettoertrag. Saurer bezeichnet deshalb den Ertrag der Waldbesitzer in seinem Beitrag als *Residualgrösse*.

Makroökonomik

Die Verfügungsrechte über Boden, Arbeit und Kapital werden traditionell als *Produktionsfaktoren*, die entsprechenden Märkte als *Faktormärkte* bezeichnet. *Produktionsfunktionen* stellen nichts anderes dar als bestimmte Kombinationen von Verfügungsrechten, mit welchen Güter und Dienste hergestellt werden. Produktionsfunktionen sind ein Bindeglied zwischen Mikro- und *Makroökonomik*. Letztere aggregiert das Verhalten sämtlicher Akteure (Anbieter und Nachfrager) und postuliert Hypothesen zum Stand und zur Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Die Aggregation basiert heute immer mehr auf mikroökonomischen Erkenntnissen – man spricht von mikroökonomischer Fundierung der Makroökonomik. Dies war früher weit weniger der Fall, weshalb die Makroökonomik mehr als die Mikroökonomik Phasen unterschiedlichen Denkens durchlaufen hat. Als Grundlage dient aber allen Denkschulen die *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)*, welche die gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Güterströme in einer Volkswirtschaft (Binnenwirtschaftsrechnung) sowie deren Wirtschaftsverflechtung mit dem Ausland (Aussenwirtschaftsrechnung) in einer Periode anhand von Einnahmen und Ausgaben erfasst. Sie liefert somit *ex post* einen quantitativen Überblick über das wirtschaftliche Geschehen in einer Volkswirtschaft. Eine andere Art der empirischen Wirtschaftsfor-schung stellt die in diesem Heft vorgestellte *Input-Output-Analyse* dar, welche mit einer *Input-Output-Tabelle* für ein geografisch abgegrenztes Gebiet als Grundlage arbeitet. Sowohl mikro- als auch makro-ökonomisch von Interesse ist die *Wertschöpfung* einer menschlichen Tätigkeit. Sie beziffert den geschaffenen Mehrwert respektive das erzielte Einkommen. Konkret ergibt sich die Wertschöpfung aus dem Marktwert des hergestellten Produktes abzüglich sämtlicher Vorleistungen, Abschreibungen und indirekter Steuern, jedoch zuzüglich staatlicher Subventionen.

Auswahlentscheidungen und Opportunitätskosten

Wie bereits erwähnt, befasst sich die Mikro-ökonomik zuallererst immer mit dem Individuum. Dieses sieht sich im Alltag ständig herausgefordert, Auswahlentscheidungen zu treffen, so zum Beispiel morgens entweder länger zu schlafen oder länger zu frühstücken. All diese Entscheidungen führen zu Kosten, welche durch den entgangenen Nettonutzen der nicht ausgewählten, zweitbesten Variante repräsentiert werden. Diese Kosten werden als *Opportunitätskosten* bezeichnet und befinden sich im Kern des Kerns der Ökonomik. Entscheiden wir uns also frühmorgens etwas länger zu schlafen, so müssen wir eben dann auch die Kosten unseres Entscheides, nämlich den entgangenen Nutzen eines gemütlichen Frühstücks tragen.

Eigennutz, Präferenzen, begrenzte Rationalität und Opportunismus

All die täglichen Auswahlentscheidungen trifft jeder selbstverständlich auf seine Art und Weise. Dennoch gelingt es der Ökonomik durchaus, das Verhalten der Individuen repräsentativ nachzubilden. Sie geht dazu klassischerweise von *rationalen, wissenden, nutzen- oder gewinnmaximierenden Akteuren* aus. Dies heisst nichts anderes, als dass die Entscheidung fundiert und überlegt ist und den eigenen Präferenzen entspricht. Ein Spätaufsteher, welcher wenig Gefallen an einem englischen Frühstück findet, wird also gemäss der ökonomischen Theorie seinen eigenen Nutzen dadurch maximieren, dass er sich bei seinem Aufenthalt in England für das Ausschlafen entscheidet. Es gibt heute immer mehr Erweiterungen und Zweige der Mikroökonomik und damit auch eine bessere Fundierung der Makroökonomik, in denen weniger rigorose Annahmen zum menschlichen Verhalten getroffen werden. Dies gilt beispielsweise für die Neue Institutionen-ökonomik. Sie befasst sich mit der Rolle von Institutionen in Markt und Staat, in welchen begrenzt rationale, im Wissen eingeschränkte, opportunistische (listige) Individuen strategisch interagieren.

Tausch und Tauschgewinn

Im Zentrum der Ökonomik liegt nicht nur das erwähnte Denken in entgangenen zweitbesten Opportunitäten, sondern – wir erinnern uns an die eingangs erwähnte Definition – auch die Einsicht, dass freiwilliger Tausch zwischen (rational handelnden) Menschen immer zum gegenseitigen Vorteil ist. Traditionell wird dieser Vorteil als Rente bezeichnet, so zum Beispiel als Produzenten- und Konsumentenrente. Da dieser gegenseitige Vorteil aber nicht ohne Zutun der Beteiligten entsteht, wäre es besser, einfach von Tauschgewinn zu sprechen. Tauschgewinne sind uns im Übrigen wohl vertraut, weil wir im Alltag nur höchst selten etwas kaufen, ohne von einem

beträchtlichen Tauschgewinn zu profitieren. Anders ausgedrückt: Wann immer wir uns im Alltag etwas erstehen, wofür wir auch mehr bezahlt hätten, kommen wir in den Genuss eines Tauschgewinnes.

Differenzialrente und Rente

Madlener führt in seinem Beitrag den Begriff der *Differenzialrente* auf. Er meint damit den Vorteil jenes Unternehmers, welcher billiger als seine Konkurrenten zu produzieren vermag. Abgesehen davon, dass im Englischen der Begriff «rent» nicht wie der deutsche Begriff «Rente» verwendet wird, würde es den Rahmen des Glossars sprengen, auf die Geschichte und die Vielschichtigkeit des Rentenbegriffs einzugehen. Nur soviel sei gesagt: Aufgepasst mit dem Begriff «Rente», er kann sehr unterschiedliche Bedeutungen annehmen.

Transaktionen, Transaktionskosten, Verfügungsrechte

Die Bedeutung des Tausches für die Ökonomik kann wohl kaum überschätzt werden. Die Neue Institutionenökonomik befasst sich intensiv mit Tauschhandlungen – im Alltag meistens als *Kauf und Verkauf* oder *Handel* bezeichnet. Die Institutionenökonomik spricht von *Transaktion* und meint die Übertragung von *Verfügungsrechten*. Verfügungsrechte sind bestimmte, sozial durchsetzbare Rechte an einem knappen Gut, die in der Regel in gebündelter Form getauscht werden. So gehen etwa gestützt auf das Schweizerische Zivilgesetzbuch mit dem im Grundbuch zu vermerkenden Kauf von Schweizer Waldboden bestimmte, jedoch nicht alle denkbaren Rechte an den Käufer über. Das Beispiel verdeutlicht zwei Dinge: Jede Übertragung von Verfügungsrechten ist mit *Transaktionskosten* verbunden, und sowohl die Kosten als auch der Inhalt der Transaktion werden durch einen institutionellen Rahmen geprägt.

Markt, Hybrid und Hierarchie

Als nächstes stellt sich sogleich die Frage, wie Tausch zu möglichst geringen Transaktionskosten organisiert werden kann. In der Managementliteratur wird die Frage häufig als «*make or buy*» bezeichnet. Soll beispielsweise eine Burgergemeinde mit Waldbesitz eigene Waldarbeiter anstellen («make», Hierarchie) oder alle Waldarbeiten an eine Forstunternehmung auslagern («buy», Markt)? Stellt sie eigene Waldarbeiter, so spricht man auch von einer *vertikalen Integration* zwischen Waldbesitz und Waldbewirtschaftung. Fusioniert die Burgergemeinde mit einer anderen Burgergemeinde, dann handelt es sich um *horizontale Integration*. Zwischen «make» und «buy» gibt es schliesslich eine Vielzahl von Hybriden, so beispielsweise genossenschaftlich organisierte Kooperationen.

Wertenetze und Arbeitsteilung

Letztlich resultiert aus all diesen Tauschbeziehungen ein *Wertenetz* oder, bezogen auf ein bestimmtes Produkt, eine *Wertschöpfungskette*. Diese ist Ausdruck der modernen, hochgradigen Arbeitsteilung und verdankt ihren Erfolg der Spezialisierung des Wissens und Könnens, ungleichen Ausstattungen an Ressourcen und historischen Zufällen. Sie profitiert nicht zuletzt von den *Grössen- und Verbundvorteilen* einer spezialisierten Produktion. Grössenvorteile werden auch *Skaleneffekte* genannt und bedeuten fallende Durchschnittskosten bei steigendem Produktionsvolumen. Ergeben sich bei der gemeinsamen Produktion mehrerer Produkte oder Produktgruppen gegenüber deren separierter Produktion in getrennten Unternehmen Kosteneinsparungen, dann spricht man von Verbundvorteilen. Zu beachten ist, dass Spezialisierungs-, Grössen- und Verbundvorteile oft nicht nur mit horizontaler und vertikaler Integration zu riesigen Konzernen, sondern sogar besser mit hybriden Kooperationsformen zwischen Hierarchie und Markt erreicht werden. Solche Hybride erlauben eine Risikodiversifikation und die Verbindung der Flexibilitätsvorteile kleinerer Unternehmen mit den Grössen- und Verbundvorteilen von Netzwerken.

Governance

Arbeitsteilung führt aber auch zu Koordinations- und Motivationsproblemen. Womit wir wieder bei der Frage wären, wie Tausch möglichst effizient organisiert werden kann. Die Organisation des Tausches wird in diesem Zusammenhang meistens als Governance bezeichnet. Wie Sande in diesem Heft schreibt, können dabei manchmal relationale Verträge den Tausch vereinfachen. Ein solcher Vertrag stellt nichts anderes als ein *Kontroll- und Beherrschungssystem* («governance structure») für den Tausch dar. Bedingt der Tausch kaum mehr rückgängig machbare, das heisst spezifische Investitionen von einem der Tauschpartner, so spricht man von *Faktorspezifität* («asset specificity»). In einem solchen Fall wird sich der Investor, zum Beispiel der beauftragte Forstunternehmer, welcher seinen Maschinenpark auf den Wald der Burgergemeinde ausrichtet, ausreichend vor einem opportunistischen Verhalten der Burgergemeinde schützen und einen langfristigen Zusammenarbeitsvertrag abschliessen.

Marktstruktur und Marktmacht

Das Verstehen von Tauschvorgängen erfordert gute Marktkennntnisse. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Marktstruktur: Wieviele Anbieter und Nachfrager treten auf dem relevanten Markt auf? Je nachdem spricht man von einem Angebotsmonopol (nur ein Anbieter), einem Nachfragemonopol (*Monopson*, nur ein Nachfrager), einem bilateralen Monopol und weiter von Duopol, *Oligopol* und Polypol.

Bestimmte Marktformen implizieren eventuell Marktmarkt einzelner Marktteilnehmer. Die Folge davon ist eine Beeinflussung der Marktergebnisse, die volkswirtschaftliche Effizienz sinkt, d.h. es kommt zu unwiederbringlichen «toten Lasten», und die verbleibenden Tauschgewinne werden zu Gunsten des beherrschenden Akteurs umverteilt. Einem solchen *Marktversagen* kann mit sektoriellen Regulierungen oder mit der allgemeinen Wettbewerbspolitik (Kartellgesetz) entgegengewirkt werden. Dabei ist aber zu beachten, dass richtige Regulierung schwierig ist, weil die Regulatoren ebenso wenig über vollständiges Wissen verfügen wie die Marktteilnehmer. Hayek (1989) warnt in seiner Rede zur Verleihung des Nobel-Gedächtnispreises in Wirtschaftswissenschaften¹ zu Recht vor Wissensanmassung – es drohen also stets Regulierungsfehler, und solches Staatsversagen kann schlimmer sein als das Marktversagen. Ein weiteres Problem ist, dass die Regulatoren ebenso eigennützige Akteure sind wie die Akteure im Markt. Die Regulierung ergibt ein strategisches Spiel, in welchem oft nicht die gesamtwirtschaftliche Effizienz, sondern kleine homogene Interessengruppen gefördert werden.

Externalitäten und Regulierung

Wenn die Transaktionskosten sehr hoch sind, kommt der Tausch zwischen interessierten Parteien häufig nicht zustande: Der Markt funktioniert schlecht oder gar nicht. Geradezu typisch ist diese Situation für gewisse Umweltgüter. In dieser Situation wird dann meistens vereinfachend von *externen Effekten* oder *Externalitäten* gesprochen. Prohibitive Transaktionskosten bedeuten jedoch nicht, dass an der Situation nichts geändert werden kann. Theorie und Praxis zeigen, dass in solchen Situationen Verfügungsrechte an Umweltgütern staatlich umverteilt, besteuert oder subventioniert werden können, oder auch bessere staatliche Regulierungen tiefere Transaktionskosten bewirken können und so der Tausch in Gang kommt. Wie bereits bei der Wettbewerbsregulierung angedeutet, können Regeln aber auch falsch sein. Nicht mehr der Markt, sondern der Staat versagt. Oft können die Ergebnisse durch die Abschaffung von Regeln (*Deregulierung*) oder durch andere Regulierungen (*Re-Regulierung*) verbessert werden. Die Ökonomie hält hierfür einen eigentlichen Zweig Regulierungstheorie bereit, der besonders anspruchsvoll ist, weil er verschiedenste weitere ökonomische Wissensgebiete tangiert.

Markt oder Staat – die Wahl zwischen unvollkommenen Alternativen

Das bisher Gesagte hat klar gemacht, dass nicht nur der marktliche Tausch, sondern auch alle Tauschhandlungen im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates zu Transaktionskosten führen. Dementsprechend kommt es nicht nur regelmässig zu Marktversagen, sondern ebenso regelmässig zu *Politik- oder Staatsversagen*. Die verschiedenen Zweige der Ökonomie befassen sich seit langem ausdrücklich mit unvollkommenen Märkten, Hierarchien oder Staaten. Eindrücklichstes Beispiel für Letzteres ist der Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten Anfang der 1990er-Jahre. Wenn hierzulande von Staatsversagen die Rede ist, meint man aber in aller Regel einzig ein missratenes Gesetz oder ein nicht funktionierender Vollzug. Überhaupt neigen Begriffe wie Marktversagen oder Staatsversagen zur Übertreibung, weil das so genannte Versagen nie wirklich vollständig ist beziehungsweise die realistischere verfügbaren besseren Lösungen auch nicht perfekt sein können. Institutionenökonomik lehrt denn auch, immer die verschiedenen denkbaren institutionellen Arrangements zu prüfen und miteinander zu vergleichen. Dabei dürfen insbesondere dynamische Anpassungs- und Verbesserungseffekte nicht vergessen gehen: Zu erinnern ist an Schumpeters (1942/1993) schöpferische Zerstörung – Strukturhaltung ist also zu vermeiden – und an Hayeks (1968/2003) Wissensvermehrung durch das Entdeckungsverfahren «Wettbewerb».

Literaturverzeichnis

- HOMANN K, SUCHANEK A (2005) Ökonomik: Eine Einführung. Tübingen: Mohr Siebeck, 2 ed. 425 p.
- HAYEK FA (1968/2003) Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Rechtsordnung und Handlungsordnung: Aufsätze zur Ordnungsökonomik. Hayek FA. Tübingen: Mohr Siebeck. pp. 132–149.
- HAYEK FA (1989) The pretence of knowledge. Amer Econ Rev 79 (6): 3–7.
- SCHUMPETER JA (1942/1993) Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: Francke, 7 ed. 542 p.

¹ 11. Dezember 1974 in Stockholm